

## **„1918er Rechte“: Bürgerwehren, Streik-Bekämpfung, Informationsdienste, Bürgerblock-Politik**

Andreas Thürer

Unter der „1918er Rechten“ verstehe ich die bei Ende des Ersten Weltkrieges und im Zusammenhang mit den Unruhen rund um den Landesstreik entstandene bürgerlich-vaterländisch-antisozialistische Bewegung, welche sich v.a. in Bürgerwehren und deren Zusammenschluss im Schweizerischen Vaterländischen Verband (SVV) institutionalisierte. Der SVV sollte die schweizerische Innenpolitik während seiner ganzen Tätigkeitsperiode (1919 – 1948) mitprägen. In meinem heutigen Beitrag konzentriere ich mich nur auf die Zeit bis 1931.-

Ironie der Geschichte: In Olten wurde nicht nur das linke Streikkomitee, sondern ein gutes Jahr später auch der SVV, das „rechtsbürgerliche Oltener Aktionskomitee“, gegründet.

### **Anfänge**

Ihren Anfang nahm die vaterländische Bewegung in Genf, wo auf Ordnung bedachte „Citoyens“ bereits vor dem Landesstreik – im Einklang mit den benachbarten Entente-Mächten – befürchteten, dass ein sehr weit verstandener Bolschewismus aus der deutschsprachigen Nachbarschaft auf die Schweiz überschwappen und dass vor allem die Deutschschweiz zu einem revolutionären Zentrum mitten in Europa werden könnte.

Der Ruf nach nationaler Sammlung gegen die angebliche unmittelbare Gefährdung der Schweiz durch den Bolschewismus wurde von Genf aus v.a. durch den Schweizerischen Alpenclub (SAC) landesweit verbreitet; auch die Neue Helvetische Gesellschaft (NHG) wirkte mit. Die beiden patriotischen Organisationen hatten die Querelen zwischen den sprachlich-kulturellen Gruppen in der Schweiz relativ schadlos überstanden, was z.B. angesichts der Gehässigkeiten von Alpinisten im italienisch-österreichischen Alpenkrieg keine Selbstverständlichkeit war. Die NHG bemühte sich in durchaus anerkennenswerter Weise aktiv um eine inner-schweizerische Entspannung der ethnischen Konflikte. Intransigent waren die meisten SAC- und NHG-Mitglieder freilich gegenüber dem international ausgerichteten und armeekritischen Sozialismus, den sie – bis auf wenige Ausnahmen – als unschweizerisch und anfällig für den Bolschewismus betrachteten. Der Genfer Ruf „Serrons les rangs!“ zeitigte im Proteststreik vom 9. November und vor allem nach der Ausrufung des Landestreiks (12.- 14. November) Erfolge: in der gesamten Romandie und im Kanton Aargau. Der SAC-Aufruf richtete sich vor allem an die eidgenössischen vaterländischen Vereine, die zum Teil sehr mitgliederstark waren (wie etwa *der* Eidgenössische Turnverein ETV oder der Schweizerische Schützenverein SSV) und auch ein wichtiges Rekrutierungsreservoir für die entstehenden Bürgerwehren darstellten. Wir können von einer „Levée en masse“ der vaterländischen Vereine, inklusive der studentischen Organisationen, sprechen. Neben dem SAC stiessen auch gewerbliche, landwirtschaftliche und (meist überparteiliche) politische Organisationen die nationale, antisozialistische Protestbewegung an. Die grösste Kundgebung gegen den Landesstreik und das „Unschweizerisch-Fremde“ fand am 24. November 1918 im Amphitheater von Vindonissa statt, einem Überrest der fremden Imperialmacht Rom. Diese vaterländische Demonstration wurde vom aargauischen „Bürgerwehr-General“ und späteren SVV-Gründungspräsidenten Eugen Bircher organisiert.

### **„Alliance contre la faiblesse“**

Die „Vaterländischen“, wie sie im Volksmund genannt wurden, misstrauten den oft als zu large empfundenen Behörden; sie stellten eine rechtsbürgerliche Oppositionsbewegung dar, einen sprach-, konfessions-, und parteipolitisch übergreifenden Schulterschluss zur energischen Verteidigung der bestehenden Ordnung gegen sog. „sozialistische Umsturzversuche“, eine „Alliance contre la faiblesse“. Vereinfacht gesagt: Der Graben zwischen den Sprachgruppen begann sich im Landesstreik aufzufüllen, und die Kluft zwischen Bürgertum und der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft wurde für lange Zeit tiefer.

Neben den eifrigen, tatenhungrigen Patrioten gab es im Schweizer Bürgertum auch besonnene, dialogbereite Kreise, die freilich in der Zeit nach dem Landesstreik durch die autoritär-nationale Aufwallung an den Rand gedrängt wurden. - Unter den Besonnenen verschiedener Lager gab es Demokraten, welche sich ernsthaft Sorgen um die aufgestauten, argen sozialen Missstände machten und gleichzeitig ihr Unbehagen gegenüber den (aus verschiedenen Gründen) blinden Bewunderern der Bolschewiki machten, die in Russland seit Beginn des Jahres 1918 Andersdenkende ausschalteten.

Der SVV war föderalistisch aufgebaut. Die Hauptarbeit leisteten v.a. in der Frühzeit die lokalen bzw. kantonalen Organisationen. Die Haupttätigkeit von Dachverband und Sektionen umfasste vier Bereiche: die Bürgerwehren, die Streikabwehr in „lebensnotwendigen Betrieben“, einen Nachrichten- und Pressedienst sowie direkt-politische Aktionen.

### **Bürgerwehren**

Die meist bewaffneten, politisch einseitigen Bürgerwehren mit unterschiedlicher Rechtsstruktur stellten eine dritte Ordnungsgewalt neben intakter Armee und Polizei dar. Damit war der rechtsstaatliche Grundsatz des staatlichen Gewaltmonopols und der Neutralität der Staatsgewalt ernsthaft in Frage gestellt. Brisant war der Fall von Basel-Stadt, wo sich die Kantonsregierung aus Angst vor einem Bürgerkrieg gegen bewaffnete Bürgerwehren aussprach, diese dann aber militarisiert wurden. Die Entdeckung von Waffen- und Munitionsdepots der Bürgerwehren gab Anlass zu sozialdemokratischen Interpellationen. Im Nationalrat interpellierte der Solothurner SP-Nationalrat Jacques Schmid 1923 zu einem Bürgerwehr-Waffenlager im Postgebäude Olten. Es enthielt Handgranaten und Maschinengewehre. Eineinhalb Jahre später bestätigte EMD-Chef Karl Scheurer, dass Bürgerwehren mit militärischen Kampfmitteln des Bundes ausgerüstet und dass solche Waffen- und Munitionslager eingerichtet worden seien. Diese Antwort kann als späte de-facto-Anerkennung der Bürgerwehren durch den Bund gewertet werden. Im Berner Kantonsparlament interpellierte SP-Grossrat Bolz 1928 zu einem Bürgerwehr-Waffendepot in der Kirche Muri. Dieses Depot sei 1918 „in liebevoller und christlicher Weise gegen die Arbeiter“ angelegt worden. Bolz machte sich Sorgen um seinen (vermutlich der BGB angehörigen) Ratskollegen und Dirigenten Holzer; sein Chor könnte einmal in der Kirche so inbrünstig singen, dass es für die Munition zu warm werden und ein Unglück passieren könnte. Der Humor wirkte entspannend.

### **Streikabwehr**

Die Streikabwehr bestand in erster Linie aus Freiwilligen-Organisationen zur Aufrechterhaltung der „lebenswichtigen Betriebe“ auf lokaler Ebene. Es sollten vor allem die Wasser- und Energieversorgung sowie die Herausgabe einer bürgerlichen Notzeitung sichergestellt werden. Wenn ich recht orientiert bin, sorgten die lokalen Streikleitungen fast ausnahmslos selbst für die Weiterführung dieser öffentlichen technischen Betriebe, zumindest

in Form eines Notdienstes. Auf nationaler Ebene sollte die Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebs durch das Beamtenengesetz vom 30. Juni 1927 garantiert werden, das ein Streikverbot für Beamte enthielt. Als zusätzliche Streikprävention organisierte der SVV zusammen mit SBB und EMD Ausbildungskurse für freiwilliges Lokomotiv-Personal (1927-1931). Ferner setzte sich der SVV mit dem Thema „Arbeitsfreiheit“ und „Arbeitswillige“ in nicht-„lebensnotwendigen“ Betrieben auseinander. Schliesslich büsste ab Mitte der 1920er Jahre das Kampfmittel Streik gesamteuropäisch durch die Entwicklung der Technik an Bedeutung ein: Im Fall eines Eisenbahnerstreiks konnten Autos und bei einem Typografenstreik das Radio als streikbrechende Mittel eingesetzt werden.

## **Informationsdienst**

Der SVV und seine Sektionen verfügten über einen Presse- und einen in- und ausländischen Nachrichtendienst. Der inländische Nachrichtendienst scheute nicht davor zurück, auch bezahlte Spitzel einzusetzen. Die staatlichen Stellen sollten frühzeitig vor einem bolschewistischen Umsturz gewarnt werden. Das Spektrum der als Kommunisten eingestuften Beobachteten war sehr breit gefächert: So bin ich beispielsweise auf eine Fiche eines linksfreisinnigen jungen Geschichtslehrers aus St.Gallen gestossen, der wegen eines Referats an einer schweizerischen Jugendtagung für den Frieden (1936) als Kommunist registriert wurde. Der ausländische Nachrichtendienst arbeitete mit Schwesterorganisationen aus ganz Europa zusammen. Aus dem ausländischen Nachrichtendienst des SVV wuchs 1924 eine neue, einflussreiche Organisation, die „Entente Internationale contre la Troisième Internationale“ heraus, die vom „Secrétaire Romand“ des SVV, Théodore Aubert, gegründet wurde. Der Pressedienst beobachtete die Linke, aber auch die bürgerliche Presse und kritisierte letztere, wenn sie zu weit in die Mitte rückte. Der Pressedienst gab regelmässig „Situationsberichte“ (1919-1930) heraus. Empfänger waren unter anderem Vertreter der bürgerlichen Parteien, der Presse, der Wirtschaft, der Armee und der Polizei; die gedruckten Berichte wurden aber auch an schweizerische Vertretungen im Ausland verschickt. Der SVV-Pressedienst war unter anderem in Personalunionen mit den beiden wichtigen Nachrichtenagenturen, der Schweiz. Mittelpresse (SMP, gegründet 1917) und der Schweizerischen Depeschenagentur (SDA, gegründet 1894) verbunden (SMP: Karl Weber, Samuel Haas; SDA: Rolf Lüdi).

## **Direkt-politische Aktionen**

Kommt Ihnen ein historisches Ereignis in den Sinn, wenn Sie an den heutigen Tag, den 15. November, denken? An diesem Tag fand die Schlacht bei Morgarten statt. Bewusst am 603. Jahrestag rief ein Freiämter Industrieller und Oberst nicht nur zur bürgerlichen Selbsthilfe sondern auch zur Gründung einer „schweizerischen Wohlfahrtspartei“ auf. Sie kam aber nie zustande, ebenso wenig wie Birchers Idee einer Umformung des SVV zu einer politischen Partei (1927). Die ersten direkt-politischen Vorstösse auf eidgenössischer Ebene erfolgten im Frühling 1919. Bürgerwehkreise im Aargau lancierten die erste „Überfremdungsinitiative“ der Schweizer Geschichte, solche in Zürich die Schutzhaftinitiative. Die Ausländerinitiative verlangte die Ausweisung gefährlicher Ausländer, die Schutzhaftinitiative die sofortige Schutzhaft für Schweizerbürger, welche die innere Sicherheit des Landes gefährdeten. Der SVV betrieb punktuelle Bürgerblock-Politik bei der Abwehr linker Initiativen und bei Wahlen, insbesondere bei der ersten Proporzwahl des Nationalrates 1919. Der SVV übte auch mit Sonderaktionen erfolgreich – zum Teil massiven - Druck auf die bürgerlichen Parlamentier aus, etwa zur Verhinderung der Wahl von „Generalstreik-General“ Robert Grimm zum Nationalratspräsidenten (1926) oder der Wahl von Emil Klöti zum ersten sozialdemokratischen Bundesrat (1929) sowie bei der Streichung der Bundessubventionen für

den Schweizerischen Arbeiter- Turn- und Sportverband SATUS (Zeitraum der SVV- Interventionen 1926 – 1937), den die Vaterländischen als „potentielle Revolutionstruppe“ betrachteten. Der Linken blieben die Drahtzieher hinter den Kulissen praktisch unbekannt.

### **Späte Jahre**

Der SVV verstand sich als „antisozialistischer Schutzwall“ der bürgerlich-demokratischen Ordnung. Die „Vaterländischen“ begriffen sich als „Nothelfer“, als Hilfstruppe, die den Behörden „den Rücken stärken“ sollten. Nach Mussolinis Marsch auf Rom im Oktober 1922 und im Zusammenhang mit der massiven Kampagne gegen die linke Initiative für eine Vermögensabgabe vom 3. Dezember 1922 wurde im SVV mit dem italienischen Faschismus geliebäugelt. 1923 hielt der SVV „ein faschistisches Faustrecht vorläufig“ nicht für notwendig. Später distanzierten sich dem SVV nahe stehende wirtschaftsliberale Kreise auch von korporationestaatlichen Vorstellungen „all’italiana“, welche die unternehmerische Freiheit allzu sehr eingeschränkt hätten. Die selbsternannten Staatsschützer wollten den Staat – im Gegensatz zu den Faschisten – nicht zerschlagen. Sie reizten jedoch den rechtlichen Rahmen bis zum Äussersten aus; bei Bedarf scheuten sie auch nicht davor zurück, ihn zu ritzen. Der SVV blieb bis nach dem Zweiten Weltkrieg locker ins politische System der Schweiz eingegliedert.